



BLaw Fabian Ceppi, Werkstudent, Ritter Koller AG, Möhlin

Rechtsecke Coin juridique

Die Verwandtenunterstützungspflicht

1. Einleitung

Was geschieht, wenn ein verwitweter Landwirt einem seiner Nachkommen seinen kleinen Landwirtschaftsbetrieb zu einem zu tiefen Preis verkauft, nach mehreren Jahren zufolge Pflegeheimetritts in finanzielle Not gerät und von der Sozialhilfe unterstützt wird, weil er aufgrund einer (gemischten) Schenkung keine Ergänzungsleistungen erhält? Seit jeher besteht in der Schweiz die Pflicht, Verwandte in auf- und absteigender Linie zu unterstützen, die ohne diese Unterstützung in finanzielle Not geraten würden. Die unterstützungspflichtige Person muss dabei in günstigen Verhältnissen leben (Art. 328 Abs. 1 ZGB). Nach der bundesgerichtlichen Rechtsprechung wird eine derartige Verwandtenunterstützungspflicht nicht leichtfertig bejaht. Vielmehr müssen im Einzelfall die genauen Umstände betrachtet werden.

2. Rechtliches

Der Anspruch auf Unterstützung ist gegen die Pflichtigen in der Reihenfolge ihrer Erbberechtigung geltend zu machen und geht auf die Leistung, die zum Lebensunterhalt des Bedürftigen erforderlich und den Verhältnissen des Pflichtigen angemessen ist (Art. 329 Abs. 1 ZGB). Die finanziellen Grenzwerte des Unterstützungspflichtigen sind weder gesetzlich noch richterlich festgelegt. Das zuständige Gericht bewertet die finanzielle Situation des (potentiell) Unterstützungspflichtigen nach dem Einkommen und dem liquiden Vermögen.

Der Unterstützungspflichtige muss in günstigen Verhältnissen leben. Das Bundesgericht geht erst bei einem monatlichen Einkommen von deutlich über CHF 10'000.00 inklusive Vermögensverzehr von günstigen Verhältnissen aus. Weiter lebt in günstigen Verhältnissen, wer neben den notwendigen Auslagen (dazu gehören Mietkosten, Krankenkassenprämien oder Steuern) auch diejenigen Ausgaben tätigen kann, die weder nützlich noch notwendig zu sein brauchen, zur Führung eines gehobenen Lebensstils jedoch anfallen (dazu gehören Reisen, Hob-

bys oder kulturelle Aktivitäten). Kurz gesagt, lebt in günstigen Verhältnissen, wer aufgrund seiner finanziellen Situation ein wohlhabendes Leben führen kann (so das Bundesgericht in BGE 136 III 1 E. 4). Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichts darf selbstangespertes Vermögen nicht oder nur mit grosser Zurückhaltung berücksichtigt werden, während bei ererbtem Vermögen weniger Zurückhaltung angezeigt ist (so das Bundesgericht in BGE 132 III 97 E.3.2). Zu beachten hat das Zivilgericht jedoch, dass die Bezahlung der Verwandtenunterstützung das Auskommen des Pflichtigen nicht gefährden darf, wobei kurzfristige Einschränkungen einzelfallabhängig als zumutbar erscheinen können. Die Berechnung des anrechenbaren Einkommens ist kantonal geregelt, alternativ können die SKOS-Richtlinien (Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe) herangezogen werden. Im Kanton Aargau ist bei fortlaufenden Unterstützungszahlungen auf § 3 der Verwandtenunterstützungsrichtlinien zu verweisen, nach dem sich das anrechenbare Einkommen aus dem effektiven Einkommen und einem Vermögensverzehr zusammensetzt. Der jährliche Vermögensverzehr ist dabei abhängig vom Alter der unterstützungspflichtigen Person (bspw. 1/20 bei einer über 60-jährigen Person). Es wird dabei ein Freibetrag von CHF 250'000.00 bei Alleinstehenden resp. CHF 500'000.00 bei Verheirateten in Abzug gebracht. Bei einmaligen Unterstützungsleistungen steht der Betrag fest. Das Zivilgericht hat hierbei in seinem Ermessen den Unterstützungsbeitrag unter Beachtung derselben Voraussetzungen (BGE 136 III 1 E. 4) wie bei fortlaufenden Unterstützungszahlungen festzusetzen. Insbesondere soll aber die unterstützungspflichtige Person nicht dazu veranlasst werden, Wohneigentum verkaufen zu müssen um die Zahlung tätigen zu können.

Weiter ist festzuhalten, dass Unterstützungsbeiträge nur für die Zukunft sowie für ein Jahr vor der Klageerhebung von der unterstützungsberechtigten Person oder dem unterstützenden Gemeinwesen einge-

klagt werden können. Dies gilt auch, wenn das Gemeinwesen einen Bedürftigen unterstützt, dadurch dessen Verwandtenunterstützungsanspruch anstelle des Bedürftigen übernimmt und diesen anstelle des Berechtigten gegenüber den Unterstützungspflichtigen geltend macht.

Sodann sind nach bundesgerichtlicher Rechtsprechung mehrere auf gleicher Stufe stehende Verwandte im Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit beitragspflichtig. Ist der Anteil eines Pflichtigen nicht erhältlich, wächst er den anderen Pflichtigen an.

3. Praxisbeispiel

Im folgenden (vereinfachten) Praxisbeispiel geht es um Landwirt Markus und seinen Sohn Karl. Landwirt Markus ist verwitwet, hat zwei Söhne und drei Töchter und führt einen kleinen Landwirtschaftsbetrieb. Es handelt sich dabei nicht um ein landwirtschaftliches Gewerbe, weshalb Karl keinen Anspruch auf Übernahme des Betriebs zum Ertragswert hat. Markus veräussert den Landwirtschaftsbetrieb im Jahr 2010 an seinen Sohn Karl zum Preis von CHF 400'000.00 in Form einer Schuldübernahme. Der Verkehrswert des Betriebs beträgt CHF 800'000.00. Hierbei liegt eine gemischte Schenkung vor, die in der Differenz zwischen dem Verkehrswert und dem Abtretungspreis besteht. Landwirt Markus hat seinem Sohn Karl somit eine Schenkung in Höhe von CHF 400'000.00 gewährt. Nachdem Landwirt Markus einige Jahre auf dem Landwirtschaftsbetrieb gelebt hat und seinen Lebensunterhalt mit der ausgezahlten AHV-Rente finanzieren konnte, wurde er im Jahr 2021 pflegebedürftig und zog in ein Pflegeheim. Markus konnte die Rechnungen des Pflegeheims ein halbes Jahr von seinem restlichen Vermögen bezahlen. Er erhält keine Ergänzungsleistungen, weil er mit der Schenkung an seinen Sohn Karl auf Vermögen verzichtet hat, welches ihm von der AHV-Ausgleichskasse angerechnet wurde. Der Sozialdienst seiner Wohngemeinde musste einspringen und ihm Sozialhilfe gewähren, damit unter anderem

die Pflegeheimrechnungen beglichen werden konnten. Kurz vor dem Tode von Markus macht die Gemeinde eine Forderung für ein Jahr rückwirkend sowie künftige Zahlungen geltend. Die Forderung für künftige Zahlungen erübrigt sich mit dem Tode von Markus, womit eine rückwirkende Forderung der Gemeinde gegen Karl für ein Jahr vor der Klageerhebung in Höhe von CHF 50'000.00 verbleibt.

Karl, der den Landwirtschaftsbetrieb nur in Teilzeit bewirtschaftet, arbeitet hauptberuflich als Schreiner und verdient im Monat CHF 8'500.00 netto. Sein gesamtes Vermögen beläuft sich auf CHF 550'000, das sich aus dem geschenkten Teil des Landwirtschaftsbetriebes (CHF 400'000.00) und flüssigem Vermögen auf Bankkonten (CHF 150'000.00) zusammensetzt.

Im vorliegenden Fall müsste die Gemeinde alle Nachkommen von Landwirt Markus (also Karl und seine vier Geschwister) zur Verwandtenunterstützung verpflichten. Nach der bundesgerichtlichen Recht-

sprechung müssen alle Erbberechtigten auf gleicher Linie für ihren Anteil verpflichtet werden (so das Bundesgericht im Urteil 5C.209/1999 E. 3a). Das bedeutet, dass die Gemeinde je CHF 10'000.00 von Karl und seinen vier Geschwistern fordern müsste. Sollte einer der fünf Nachkommen von Markus nicht leistungsfähig sein, würde diese Unterstützungspflicht anteilmässig aufgeteilt. Es wäre an der Gemeinde als Klägerin zu beweisen, dass sie die Leistungsfähigkeit aller Nachkommen geprüft hat. Unterbleibt dieser Beweis, prüft das Zivilgericht einzig den auf den Kopf des Beklagten anfallenden Anteil. Vorliegend sind alle fünf Nachkommen von Markus leistungsfähig, weshalb das Gericht nur den auf den Kopf von Karl anfallenden Anteil in Höhe von CHF 10'000.00 prüft.

Das Zivilgericht wird im Verfahren die finanzielle Situation von Karl analysieren und bewerten. Entscheidend ist, dass der Unterstützungspflichtige durch die Zahlung gar nicht oder nur in geringem Masse und

für kurze Zeit in seinen Ausgaben eingeschränkt wird. Das bedeutet, dass er nicht nur seine Grundbedürfnisse befriedigen kann, sondern auch Ausgaben tätigen kann, die möglicherweise nicht nötig sind. Dazu gehören beispielsweise Gastronomie, kostspielige Hobbys oder Reisen. Insbesondere soll der Unterstützungspflichtige jedoch nicht dazu verpflichtet sein, beispielsweise Wohneigentum zu verkaufen, um die Zahlung tätigen zu können. Kommt es zum Schluss, dass Karl in günstigen Verhältnissen lebt, wird es ihn zu einer Unterstützungszahlung verpflichten. Eine einmalige Zahlung von Karl in Höhe von CHF 10'000.00 entspräche im vorliegenden Praxisbeispiel einem einmaligen Vermögensverzehr von etwa 1.8%. Eine einmalige Zahlung in Höhe von CHF 10'000.00 ist hier durchaus denkbar. ■

L'obligation d'assistance aux proches

1. Introduction

Lorsqu'un agriculteur vend son exploitation à un descendant à un prix inférieur à sa valeur réelle et se retrouve plus tard dépendant de l'aide sociale, une obligation d'entretien des proches peut entrer en jeu.

En Suisse, les descendants et ascendants doivent soutenir un proche en détresse financière si leur situation économique est aisée (art. 328 al. 1 CC). Toutefois, selon le Tribunal fédéral, cette obligation n'est pas automatique: chaque cas est examiné individuellement en tenant compte des circonstances concrètes, notamment de la situation financière des personnes concernées et des éventuelles donations antérieures.

2. Mentions légales

Le droit à l'assistance entre parents doit être exercé contre les personnes tenues à cette obligation selon leur ordre successoral. L'aide due couvre les besoins nécessaires à la subsistance de la personne dans le besoin et doit être adaptée à la situation financière de la personne tenue de contribuer (art. 329 al. 1 CC).

La loi et la jurisprudence ne fixent pas de seuil financier précis. Le tribunal apprécie au cas par cas les revenus et la fortune liquide de la personne concernée. Selon le Tribunal fédéral, une obligation d'assistance

n'entre en considération que lorsque la personne tenue à cette obligation vit dans des conditions financières favorables, généralement avec un revenu mensuel nettement supérieur à CHF 10'000.–, y compris les prélèvements sur le capital. Une personne est considérée comme vivant dans l'aisance lorsqu'elle peut, après avoir couvert ses dépenses nécessaires (logement, assurance maladie, impôts, etc.), assumer également des dépenses de confort ou de loisirs telles que voyages, activités culturelles ou récréatives.

Dans l'évaluation de la fortune, la jurisprudence distingue la fortune constituée par l'épargne personnelle, qui ne doit être prise en compte qu'avec retenue, de la fortune héritée, pour laquelle une contribution peut être exigée plus facilement. Toutefois, l'assistance aux proches ne doit pas mettre en péril les moyens d'existence de la personne tenue de contribuer, même si certaines restrictions financières temporaires peuvent être raisonnablement exigées.

Le calcul du revenu déterminant relève du droit cantonal. À titre subsidiaire, les directives de la CSIAS peuvent être utilisées.

Dans le canton d'Argovie, le revenu déterminant comprend le revenu effectif ainsi que les prélèvements sur le capital. Celle-ci dépend de l'âge de la personne concernée

(par exemple 1/20 de la fortune pour une personne de plus de 60 ans). Une franchise de CHF 250'000.– pour les personnes seules et de CHF 500'000.– pour les personnes mariées est déduite avant calcul. En cas de prestation unique, le tribunal fixe librement le montant en tenant compte des mêmes critères que pour une aide périodique. En principe, une personne ne doit pas être contrainte de vendre son logement pour financer cette assistance.

Les contributions d'assistance ne peuvent être réclamées que pour l'avenir et pour l'année précédant l'introduction de l'action en justice. Cette règle s'applique également lorsqu'une collectivité publique soutient une personne dans le besoin et exerce ensuite le droit à l'assistance aux proches en son nom.

Enfin, lorsque plusieurs parents de même rang sont tenus à l'assistance, chacun contribue proportionnellement à ses capacités financières. Si la part de l'un d'eux ne peut être recouvrée, la charge est répartie entre les autres débiteurs.

3. Exemple pratique

L'exemple présenté concerne Markus, agriculteur veuf, qui a cédé en 2010 son exploitation agricole à son fils Karl pour CHF 400'000.– alors que sa valeur vénale

était de CHF 800'000.–. Cette opération constitue une donation mixte comportant une donation de CHF 400'000.– en faveur de Karl.

En 2021, Markus doit être admis dans un établissement médico-social. Après avoir épuisé sa fortune, il ne peut pas bénéficier de prestations complémentaires, car la donation consentie à son fils est considérée comme un dessaisissement de fortune.

Les services sociaux de sa commune interviennent alors pour financer notamment les frais de l'établissement. Avant le décès de Markus, la commune réclame le remboursement des prestations versées. Toutefois, seules les contributions relatives à l'année précédant l'action peuvent être réclamées. La créance retenue s'élève ainsi à CHF 50'000.–.

Markus ayant cinq enfants, la commune doit en principe demander une contribution à chacun d'eux. Selon la jurisprudence du Tribunal fédéral, les descendants de même rang participent proportionnellement à leurs moyens. Dans cet exemple, la créance de CHF 50'000.– est répartie entre les cinq enfants, soit CHF 10'000.– chacun. Si l'un d'eux était insolvable, sa part serait répartie entre les autres. La commune doit démontrer qu'elle a vérifié la solvabilité de tous les héritiers.

Le tribunal civil examine ensuite la situation financière de Karl. Celui-ci exploite la ferme à temps partiel, travaille principalement comme menuisier et dispose d'un revenu net mensuel de CHF 8'500.–. Sa fortune totale s'élève à CHF 550'000.–, composée de CHF 400'000.– provenant de la dona-

tion de l'exploitation et de CHF 150'000.– d'avoirs bancaires.

Pour déterminer si une contribution peut être exigée, le tribunal évalue si Karl vit dans des conditions financières favorables. Le paiement ne doit pas compromettre ses moyens d'existence ni l'empêcher de maintenir un niveau de vie confortable incluant certaines dépenses de loisirs ou de confort. En revanche, il ne peut pas être contraint de vendre son logement pour s'acquitter de cette obligation.

Dans le cas présent, si le tribunal conclut que Karl dispose de ressources suffisantes, une contribution unique de CHF 10'000.– peut être exigée. Cette somme représente environ 1,8% de sa fortune totale et apparaît donc raisonnablement supportable au regard de sa situation financière. ■

Impressum

Suisseporcs-Information
Publikations- und Informations-Organ der
Suisseporcs und der SUISAG

Suisseporcs-Geschäftsstelle:
Allmend 10, 6204 Sempach
Tel. 041 462 65 90

info@suisseporcs.ch
www.suisseporcs.ch

Geschäftsführer: Stefan Müller
Natel 079 204 86 50
smu@suisseporcs.ch

Präsident: Andreas Bernhard
Natel 079 768 67 72
andreas.bernhard@suisseporcs.ch

Redaktion: Adrian Schütz
Tel. 041 462 65 92
Natel 079 689 57 80
asc@suisseporcs.ch

Texte und Inserate:
Peter Brunner, Tel. 055 293 34 34
p.brunner@ernidruck.ch

Übersetzungen: Salomé Bracher

Layout und Druck:
ERNi Druck und Media AG, 8722 Kaltbrunn

Auflage: 2977 Expl./10 Ausgaben jährlich